

Ministerpräsident Braun lehnt ab.

Berlin, 5. Februar. Der amtliche preussische Botschafter teilt mit: Ministerpräsident Braun hat heute nachmittags 4 1/2 Uhr dem Präsidenten des preussischen Landtages in einem Schreiben mitgeteilt, daß er die Wahl zum Ministerpräsidenten nicht annimmt.

Der Landtag wird wahrscheinlich noch in dieser Woche zur zweiten Neuwahl des Ministerpräsidenten zusammentreten müssen. Für diese Wahl kommt die Kandidatur des dem Zentrum angehörenden Landeshauptmanns der Rheinprovinz Dörion, nunmehr endgültig in Betracht.

Holland und der Sicherungspakt.

Englische Bemerkungen.

London, 4. Febr. Auf Grund belgischer Mitteilungen, die dahin gehen, daß eine Sicherung Belgiens nur unvollkommen sein werde, solange die holländische Grenze gegen jeden deutschen Einmarsch offenbleibe, versuchen englische Militärkreise, Holland jetzt von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich Sicherungsabmachungen mit London, Paris und Brüssel anzuschließen. Im Daily Telegraph wird heute angedeutet, daß man von englischer Seite geneigt sein würde, einen holländischen Einschuß an den westeuropäischen Sicherungspakt durch eine gewisse Garantie der Unverletzlichkeit der holländischen Besitzungen in Asien zu vergelten.

Amerika beteiligt sich nicht an Sanktionen.

New York, 4. Febr. Präsident Coolidge über sandte dem Senat die Antwort Hughes auf Johnsons Resolution, wonach dieser die Vorlegung des Textes des Pariser Finanzabkommens verlangt. Unter Vorlegung dieses Textes stellt Hughes nochmals fest, daß das Abkommen Amerika nicht verpflichte, sich an Sanktionen zu beteiligen, falls Deutschland seinen Zahlungen nicht nachkomme.

Einladung zur Abrüstungskonferenz im März.

London, 4. Febr. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit geringfügigen Änderungen den Zusatzantrag des Senats zum amerikanischen Marineetat angenommen. In dem Präsident Coolidge aufgefördert wird, unverzüglich eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen. Nach der Befestigung des Senatsbeschlusses ist anzunehmen, daß die Einladung zu einer neuen Abrüstungskonferenz unmittelbar nach der Übernahme durch den neuen Staatssekretär Kellogg bereits im März erfolgen wird.

Die Antwort der deutschen Wirtschaftsdelegation.

Paris, 4. Febr. Die deutsche Antwortnote ist gegenüber anderen Meldungen bereits gestern abend um 8 Uhr im Handelsministerium überreicht worden.

Die „Information“ berichtet über den Inhalt der Note folgendes: Deutschland verlangt erneut, daß eventuelle Vergünstigungen, wie sie für die Dauer eines modus vivendi eingeräumt werden, auch für den endgültigen Handelsvertrag gelten. Staatssekretär Fremdenburg ist von der deutschen Regierung angewiesen worden, heide Fragen mit einander zu verknüpfen. Demgegenüber kann nach Auskünften unterrichteter Kreise gesagt werden, daß von deutscher Seite keineswegs versucht wird, die angeblichen Zugeständnisse für die Übergangszeit mit den für den endgültigen Handelsvertrag zu erwartenden Bedingungen zu verknüpfen. Das Gegenteil ist richtig. Während man für die Übergangszeit, die nach Auffassung der maßgebenden französischen Kreise bis zum 1. Dezember andauern wird, bedeutende Zugeständnisse von deutscher Seite beanprucht, vor allem im Hinblick auf die bessere Führung Deutschlands in den Zollfragen für eine Reihe wichtiger Kategorien, erwartet man auf deutscher Seite für den endgültigen Handelsvertrag eine gerechte Gleichsetzung Deutschlands mit allen übrigen Mächten, mit denen Frankreich Handelsverträge abschließt, de facto die Meistbegünstigung, die Frankreich nach seinen Gesetzen de sur nicht geben kann.

Ein Teil-Schutzroll in England.

London, 4. Febr. Die Verfügung des Handelsamtes über Einzelheiten des Planes der Regierung, bedrohte Industrien gegen Auslandskonkurrenz zu schützen, zeigt, daß es solcher Industrie nicht leicht gemacht wird, ihren Anspruch auf Sonderbehandlung zu begründen, und daß alle Vorkehrungsmaßnahmen getroffen sind. Baldwin hat jedenfalls das vor dem Wahlkampf gegebene Versprechen gehalten und der Verdacht der Opposition hat sich als unbegründet erwiesen, daß auf diesem Wege der Übergang zum allgemeinen Schutzoll erfolgen sollte.

Todesurteile gegen Deutsche.

Brüssel, 2. Febr. Das Kriegsgericht in Bergen (Belgien) hat eine Reihe deutscher Militärpersonen verurteilt, und zwar: 1. Beumant, Sottorf des 84. Infanterieregiments zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Er soll im August 1914 in Nimh den unter seinem Befehl stehenden Soldaten befehlen haben, einige Belgier zu töten. 2. Wilhelm Knipping, Stabskontrollleur des Biezbefandes, zu Todesstrafe. Knipping soll im September 1918 in Macquenois einen Bauer erschossen haben. 3. Der Soldat Josef Dieberind aus Köln zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Dieser soll 1915 in Waffel ein sechsjähriges Kind erschossen haben. 4. Feldwebel Peter Porter des 89. Infanterieregiments zu 5 Jahren Gefängnis, der mit der Waffe in der Hand dem Bürgermeister von Bouffu 1800 Franken erpreßt haben soll. 5. Regimentsarzt von Wälglingen zu Todesstrafe. Er soll beigetragen haben zu der Ermordung des Pastors von Hofelied.

Geplante Aenderung der Reichsversicherungs-Ordnung.

Berlin, 4. Februar. Der Ausschuss für den Reichshaushalt hat für den Spezialetat des Reichsarbeitsministeriums einen wichtigen Antrag zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung vorgelegt, der die Reichsregierung ersucht, schleunigst einen Gesetzentwurf zur Reichsversicherungsordnung vorzulegen, durch den insbesondere folgende Aenderungen herbeigeführt werden sollen:

- 1. Die Aufsichtsbezugnis der Versicherungsbehörden sind auf den früheren Umfang einzuschränken.
2. Der Krankenversicherungspflicht sind die in der See-Schiffahrt Beschäftigten zu unterstellen.
3. Auch die Beamten sind in die Krankenversicherungspflicht einzubeziehen. Falls der sofortigen Durchführung Schwierigkeiten entgegenstehen, sollen versicherungsfreie Personen versicherungsberechtigt sein unter Wegfall des Krankengeldes bei entsprechender Beitragsverminderung nach der Festsetzung des Kassenvorstandes.
4. Einführung der Familienfürsorge als Pflichtleistung der Krankenversicherung.
5. Erweiterung der Gemeinlasten in der Krankenversicherung.
6. Strengere Durchführung des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen in bezug auf die Vereinnahmung kleiner Kassen.
7. Auf die Beschwerde aus den Dienstverordnungsverträgen der Reichsversicherungsordnung ist als letzte Instanz das Reichsversicherungsamt anzurufen. In den Beschwerdeinstanzen ist eine Beihilgestelle für die Krankenkassenangestellten zu schaffen.

Die Aufwertungsgesetze.

Ueber die von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Aufwertungsgesetze ist zwischen der Reichsregierung, den Länderregierungen und den zur Begutachtung hinzugezogenen Wirtschaftskreisen eine generelle Einigung erfolgt. Die erste Regelung ist die der Hypothekenaufwertung, die eine Aufwertung bis 25 Prozent vorläßt und dafür die Hauszinssteuer ermäßigt. Eine weitere Folge wird auch eine Erhöhung der Mieten sein. Es folgen dann Entwürfe über die Aufwertung der Staatsanleihen, der mündelsicheren Papiere, der Sparanlagen und der Lebensversicherungen.

Berlin, 4. Febr. Der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat eine Reihe von Vorschlägen zur Wohnungswirtschaft angenommen, in denen zur Frage der Hypothekenaufwertung Stellung genommen und die Erhöhung der Hauszinssteuer auf 20 Prozent der Friedensmiete und ihr Ausbau zu einer Reichsteuer vorgeschlagen wird, die nur für Zwecke der Wohnungsförderung verwendet werden soll. Die Mieten sollen den Besitzern zufolge unter Würdigung der wirtschaftlichen Gesamtlage in absehbarer Zeit den Friedensmieten angeglichen werden, wogegen der Hauseigentümer wie früher Wohnungs- und Betriebskosten zu tragen hat. Ferner wird die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes für alle oder bestimmte Arten der Wohnungen befürwortet.

Hellmann und Barmat.

Berlin, 4. Febr. Die heutige Sitzung des preussischen Untersuchungsausschusses über die Staatsbankrottspiele spielte sich in einer gemäßigten Form an. Die Vernehmung des Abgeordneten Hellmann wird fortgesetzt. Über die Pause, die man gestern abend zur Vorbereitung dieser Vernehmung einlegte, hat wenig genäht. Bismarck wohl- und regellos wird eine Unmenge von Fragen an Hellmann gestellt, die sich zumeist auf persönliche und politische Angelegenheiten Barmats beziehen. Dabei bekommt die Vernehmung das Gepräge, als ob Hellmann nicht nur der finanzielle, sondern auch der persönliche und politische Generalvollmachtige seines Freundes Barmat sei und über alle Einzelheiten seines Lebens und Treibens Auskunft geben könne. Das Hauptinteresse konzentriert sich auf das politische Wirksamwerden Barmats. Seit Wochen heißt es in der Reichspresse, daß Julius Barmat nicht nur der Korrupteur führender Sozialdemokraten, sondern auch der Sozialdemokratischen Partei als solcher sei. Die heutige Verhandlung ergibt lebhaft, daß Barmat zur Gründung eines mehrheitssozialistischen Blattes in Rappent 50 000 Mark der Partei zur Verfügung gestellt, und daß er wohl im Laufe von sechs Jahren der Partei etwa 50 000 Mark zugewandt habe. Für das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ hat Barmat niemals Geld gegeben. Er ist auch niemals darum gebeten worden.

Das Urteil im Bewersdorff-Prozeß.

Berlin, 4. Febr. Vor dem Berliner Schöffengericht begann heute ein Beleidigungsprozeß, der als Nachspiel zum Magdeburger Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten Ebert allgemeinen Interesse erweckt. Kläger ist der Magdeburger Landgerichtsdirektor Bewersdorff, Angeklagter sein Berliner Amtskollege, der Landgerichtsdirektor Kroner. Der Kläger war Vorsitzender in dem Magdeburger Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten gegen den deutschösterreichischen Redakteur Rothardt und sahlt sich beleidigt durch einen Artikel, den Landgerichtsdirektor Kroner in einer Berliner Zeitung am 24. Dezember v. J. veröffentlichte.

Landgerichtsdirektor Kroner wurde schließlich wegen formeller Beleidigung zu einer Geldstrafe von 8000 Mk., im Falle der Nichtbezahlung ein Tag Gefängnis für je 80 Goldmark verurteilt. Dem Nebenkläger wurde die Befugnis erteilt, das Urteil in der „Vossischen Ztg.“, in der „Deutschen Wochenschau“ und der „Magdeburger Zeitung“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Angeklagten auferlegt.

Kriegsgefahr auf dem Balkan?

Rumänien und Serbien auf Seiten Griechenlands.

Die Saloniki-Flotte mobil. Rotterdam, 4. Febr. Die „Morningpost“ meldet aus Athen: Die Einberufung von Reservebestellungen, so wie die Mobilisationsmaßnahmen der Flotte in Saloniki werden am Dienstag amtlich zugegeben. Die Ausweisung der Griechen aus Smyrna hat in Griechenland ungeheure Erregung hervorgerufen. Seit Montag haben gegen 100 Protestversammlungen stattgefunden. Man sieht in den Straßen riesige Umzüge, wobei der Krieg mit der Türkei gefordert wird. Das Parlament hat am 4. Februar die Beschlüsse der Kommission der Balkanbündnisstaaten und an den Botschaftern Proteste gerichtet. Auch aus Brussa werden die Griechen abtransportiert.

Griechenland fordert vorbehaltlose Entscheidung.

Brüssel, 4. Febr. Der Wallländer „Secolo“ meldet aus Athen, daß Griechenland nur einer vorbehaltlosen Entscheidung durch den Botschafter im Konflikt mit der Türkei zustimmen will. Die Lage habe sich in den letzten 24 Stunden bedenklich verschärft, besonders durch die Ausweisung aller Griechen aus Smyrna. In Athen finden Protestumzüge statt, an denen sich auch die Arbeitererschaft beteiligt.

London für Griechenland interessiert.

London, 4. Febr. Zwischen den englischen, französischen und italienischen auswärtigen Ministern ist aufgehoben der Meinungsaustausch über die griechisch-türkische Krise fortgesetzt worden. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Die Vertreter Serbiens und Rumaniens haben sich Griechenland angeschlossen und wünschen ihrerseits eine Rundgebung der Mächte. Diese Wünsche haben in London Beachtung gefunden.

Erhöhte Kriegsgefahr.

Rotterdam, 4. Febr. Die Lloydversicherung in Rotterdam erhöhte am Montag ihre Prämien für Transporte nach griechischen und anatolischen Häfen um 3 Prozent. Die seit dem 1. November geltenden erhöhten Prämienätze für Transporte nach den chinesischen Häfen wurden am 1. Februar auf ihren früheren Satz herabgesetzt.

Die Türkei lehnt den Botschafter als Schlichter ab.

Paris, 4. Febr. Die Blätter berichten, daß der Pariser türkische Botschafter gestern den ihm vom Direktor der belgischen Abteilung Dargatzis übermittelten Vorschlag der französischen Regierung, den türkisch-griechischen Konflikt an den Botschafter zu überweisen, abgelehnt habe.

Aus Stadt und Land.

Nur, 5. Februar 1925.

Legt die eine Familienchronik an!

Wenn das Leben mehr ist als Geborenwerden, Heiraten und Sterben oder Hasten und Rennen durch Sorgen und Genüsse, der wird es zu vertiefen suchen und auch danach streben, die Stationen seines Daseins festzuhalten, mit anderen Worten, er wird ein wenig Familiengeschichte treiben. Ein Tagebuch zu führen ist für viele Menschen zu zeitraubend; es dient auch zu oft eifriger Selbstbefriedigung. Tagebuchblätter sind in den seltensten Fällen wahr. Dagegen können familiengeschichtliche Angaben von hohem Werte sein — nicht nur für uns, auch für Kinder und Kindeskinde! Es ist geradezu erstaunlich, wie wenig Menschen sich um ihren Stammbaum bekümmern und wie lag, wie durchaus nebensächlich diese durchaus wichtige Angelegenheit behandelt wird.

Verwenden wir doch von dem vielen Geld, das lebenslang über unsere Hände rinnt und oft für recht wichtige Dinge und schale Vergnügungen ausgegeben wird, ein paar Mark zur Schaffung einer Familienchronik; ein Buch möglichst aus Wälden, hinten an der Innenseite des Deckels mit einer Mappe zur Aufbewahrung von Dokumenten, Stammbaum, Skizzen, Silhouetten, Photographien und anderen schriftlichen und bildlichen Werksachen. Nun forschen wir mit Eifer, aus Verwandtschaftskreisen, Kirchenbüchern usw. familiengeschichtliche Daten und sonstiges Material aus dem Leben unserer Vorfahren zusammenzutragen, um es auf den ersten Seiten des Buches nach Jahreszahlen ganz kurz festzulegen, festzuhalten, im zweiten Teile dagegen als Lebensabrisse ausführlicher zu behandeln. Selbst Krankheiten der Eltern und Großeltern wären dabei zu nennen; denn aus ihnen erklärt sich oft unsere eigene körperliche und geistige Veranlagung und die Entwicklung unserer Nachkommen. Wer einmal mit einer solchen Familienchronik begonnen hat, hält sie hinfort wie einen Schatz und wundert sich, nicht früher auf den Gedanken gekommen zu sein, diese ganz lebenswichtige Arbeit in Angriff genommen zu haben! Ota Brumber.

Kirchenkonzert. Nächsten Sonntag veranstaltet Herr Kantor Krehme-Prüdem mit seiner Männer-Quartettvereinigung (18 Herren) in der Friedenskirche um 8 Uhr ein Kirchenkonzert, das nicht nur einen hohen künstlerischen Genuss, sondern noch weit mehr rechte Anbahnung zu vermitteln geeignet ist. Außer zwei modernen Orgelstücken, die Herr Kantor Kern spielen wird, wird eine Messe von R. Volkmann geboten. Eine Messe ist die Vertonung der liturgischen Stücke, die uns aus dem evangelischen Gottesdienst ganz vertraut sind: Sufkus (Kyrie), Lobpreis (Gloria), Glaubensbekenntnis (Credo), Aendigung Gottes (Sanctus), Willkommengruß (Veni vultus) und Bitte um Frieden (Agnus Dei). Die Veranstaltung ist demnach eigentlich ein Gottesdienst reiner Aenderung (nur ohne Gotteswort). 1914 ist einmal vom Verzeihungswort die Rede von O. Behrmann alsdann dem vorgetragen worden. Seitdem war nicht wieder Gelegenheit geboten, gerade ein solches Werk zu hören. Offenlich ist die Beteiligung seitens der Bevölkerung der ganzen Stadt aus...

Str. 50 Tu... Berlin... 8,30 Uhr... die dritte... gen die... pieren be... scha Grem... und aus r... dderung... Gefängni... sei das... feierlich... Weidfeld... Karat... fortgesetzt... damit was... auf 50... fragen der... Wg... Notwendig... wieder be... schäftigt... Handels... der nicht... Herren... Gedanken... Kolonial... dal, wenn... löhne geg... Personal... 1922... Daran... das Wort... seines Un... haltausch... die noch... Es sei et... nach dem... festen St... berficheru... denslektu... de eine p... der sozial... Es sei abe... keinen An... der vorri... baldige e... rung aus... Wünschen... der Erwe... rund 100... sich dann... der deut... Reichsreg... und in b... Unterneh... glauben... markt zu... seit war... fallig sei... righaltun... nister bed... immer ne... abstellen... tung zufe... teiligten... (1. Forts... KdH... zere Gese... sich in v... Baters, k... Just... sein Gese... nehmen... nnehmung... bert Böt... standen... war, der... met Häc... des Staa... Können... Ein... Baters,... falls gl... Seit... seit der... sein die... gern zu... des Zu... Su... wie gef... wüssen... mit sein... meinjaw... eines W... Solen...